



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

NEWSLETTER

1_2014

Inhalt

IM INTERVIEW: Maxim Nohroudi, Gründer & CEO von Waymate 3

In dem Berliner Start-Up Waymate geht es manchmal zu wie auf einem Fußballplatz: Erfolg braucht ein gutes Team, das sich den „Ball zurückerobert“.



„Industrie heute wird nicht mehr die Industrie von morgen sein.“ 6

Europa braucht eine wettbewerbsorientierte Industriepolitik, um Wachstum und Wohlstand zu sichern

Nach der Hessenwahl: Ausblick auf die kommende Legislatur 7

Rot-Rot-Grün, Große Koalition oder Schwarz-Grün? In Hessen schien nach der Wahl alles möglich. Thorsten Schäfer-Gümbel zog mit Mitgliedern des Managerkreises Bilanz.

Nach den Koalitionsverhandlungen im Bund! – Wie geht es weiter? 8

Norbert Römer berichtete über die Konsequenzen der Ergebnisse der Bundestagswahl für NRW.

Gesundheitswirtschaft in Thüringen – Leitbranche für Wachstum und Beschäftigung 9

Mehr als jeder zehnte Erwerbstätige in Thüringen arbeitet in der Gesundheitsbranche. Im Jahr 2030 könnte es jeder fünfte sein.

Das Recht auf Mobilität 10

Die Verkehrsministerkonferenz der Länder setzte im April 2013 eine Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ ein. Den Vorsitz übernahm Kurt Bodewig.

Gute Wirtschaftspolitik 10

Nils Schmid plädiert dafür, Wirtschaftspolitik nicht als reine Ordnungspolitik zu verstehen, sondern die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Bestandsaufnahme der Hamburger Verkehrssituation 11

Die Metropole Hamburg wächst und mit ihr der Verkehr. Wirtschaftssenator Frank Horch erläutert, wie die steigenden Verkehrsbedürfnisse geschultert werden können.

Eine stabile Architektur für die Währungsunion 12

Bundesbankpräsident Jens Weidmann sprach über die strukturellen Herausforderungen der Währungsunion.

Herzensangelegenheiten aus Neukölln 12

Die Mitglieder des Managerkreises Berlin-Brandenburg waren zu Gast beim Medizintechnikunternehmen BIOTRONIK.

Wissen, was geht 13

Ein gutes Zusammenspiel von regionalen Unternehmen und den Bremer Hochschulen ist für die Wettbewerbsfähigkeit wichtig.



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

NEWSLETTER

1_2014

Inhalt

Wirtschaftsspionage und Datensicherheit 13

Innenminister Reinhold Gall debattierte über den Schutz der Unternehmen in Baden-Württemberg vor Industrie- und Wirtschaftsspionage.

Niedersachsen: Land der Energieinnovationen 14

Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil hob die Herausforderungen der Regierungsarbeit hervor: Energiewende, Fachkräftesicherung und Regionalentwicklung.

Von Geeks und Gewerkschaften – Arbeiten im digitalen Zeitalter 15

Mobile Endgeräte, Daten in der Cloud – Arbeiten ist heute überall möglich. Die Berliner Start-Ups schätzen diese Freiheit.

Bildung und Energiewende sind Schlüssel für die Zukunft 17

Olaf Scholz äußerte sich zuversichtlich über das Gelingen der Energiewende im Norden.

Die europäische Staatsschulden- krise – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft 17

Es gilt, aus den Fehlern der Eurokrise zu lernen, so Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret. Der Euro ist nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches Projekt.

Literaturhinweise 18

Terminübersicht 19

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Marc Meinardus
Koordination & Schlussredaktion:
Dagmar Merk

Design: **zenobi** zenobi GmbH
Redaktion: zenobi GmbH, Simone Varias
Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung, Marc Bollhorst, Karina Heßland, Brigitte Hiss, Maren Strehlau, Rainer Ruffer, Eberhard Priebe, waymate

Friedrich-Ebert-Stiftung
Managerkreis
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Fon 0 30 / 2 69 35 70 53
Fax 0 30 / 2 69 35 92 36

www.managerkreis.de

E-Mail: managerkreis@fes.de

IM INTERVIEW:

Maxim Nohroudi, Gründer & CEO von Waymate

Berlin ist zu einem der Lieblingsstandorte junger Online-Unternehmen in Europa geworden. Mehr als 100.000 neue Jobs werden Start-Ups in den kommenden Jahren in der Hauptstadt schaffen, sagt McKinsey voraus. Zu den meistbeachteten Berliner Start-Ups zählt Waymate, eine Plattform für multimodales Reisen. Wir sprachen mit einem seiner Gründer.

Es gibt eine Menge Reiseportale im Internet. Der Markt ist stark umkämpft. Warum haben Sie sich dennoch dafür entschieden, in diesem Segment mitzumischen?

Es ist in der Tat ein großer Markt. In einem großen Markt ist immer viel Platz für Innovationen. Als mein Geschäftspartner und ich vor drei Jahren wegen der isländischen Aschewolke auf dem Flughafen in Düsseldorf festsaßen haben wir uns gefragt: Warum gibt es eigentlich nicht eine Plattform, wo ich alle Verkehrsmittel auf einem Blick habe und diese dort einfach buchen kann? Die gab es 2010 noch nicht. Unsere Grundidee war, Flug, Bahn und Mietwagen auf einer einzigen Plattform zusammenzuführen. Inzwischen sind noch Fernbusse und Mitfahrgelegenheiten dazugekommen.

Gibt es inzwischen Konkurrenten, die ebenfalls eine solche Plattform anbieten?

Ja, die gibt es. Es ist immer gut, wenn man ein bisschen Wettbewerb hat. Bleiben Konkurrenten aus, könnte man schlussfolgern, man habe vielleicht nicht den richtigen Markt oder das richtige Problem getroffen. Ich sehe den Wettbewerb durchaus positiv. Wenn auch andere das Problem erkannt, dafür eine Finanzierung und Mitarbeiter bekommen haben, kann man ja nicht völlig auf dem Holzweg sein.

Aber es gibt nur sehr wenige Konkurrenten, weil das Problem sehr komplex ist. Wir müssen völlig unterschiedliche Daten in eine Plattform integrieren. Die Industrien, mit denen wir arbeiten sind sehr unterschiedlich. Eine Fluggesellschaft



arbeitet mit ganz anderen Technologien als Eisenbahngesellschaften, die wieder mit ganz anderen als Fernbusunternehmen, die wieder mit ganz anderen als der Öffentliche Nahverkehr. Da steckt ein großer technologischer Aufwand hinter.

Berlin ist die neue Hauptstadt für Existenzgründer. Alle 20 Stunden wird in Berlin ein Start-Up gegründet. Auch Sie haben sich für Berlin entschieden. Was macht Berlin so attraktiv für Gründer?

Für Gründungen im digitalen Technologiebereich braucht es ein besonderes Ökosystem. Man muss auf Mitarbeiter aus speziellen Ausbildungsberufen zurückgreifen können. Das hat man hier in Berlin mit den drei großen Universitäten. Hinzu kommt noch die Universität in Potsdam. Jedes Semester entlassen diese Unis tolle Talente



in den Markt. Das zweite, was man benötigt, ist eine Finanzierung. Die Unternehmer bekommen in der Gründungsphase in der Regel keinen Bankkredit. Das heißt, sie brauchen sogenannte Frühphasen-Investoren und die haben sich in Berlin mehr und mehr angesammelt. Und zum Dritten ist es hilfreich, wenn die Stadt auch internationale Talente anzieht. Auch das bietet Berlin.

Hat der Ort der Start-Up-Gründung eine wichtige Rolle für den Erfolg von Waymate gespielt? Oder wären Sie in Buxtehude genauso erfolgreich geworden?

Der Standortfaktor ist ganz wichtig. Wir sind ursprünglich in Düsseldorf gestartet und haben schnell gemerkt, dass das nicht der ideale Ort ist. Dort hätten wir nicht ausreichend Entwickler gefunden – weder für die Gründungs- noch für die Wachstumsphase. Ein Unternehmen entwickelt sich und wächst. Das heißt, man sollte sich einen Ort suchen, wo man ausreichend Mitarbeiter findet. Wenn man auf ausländische Arbeitskräfte zurückgreifen möchte, sollte der Standort für diese attraktiv sein. Bei uns arbeiten einige Brasilianer. Die wären ganz sicher nicht nach Düsseldorf gekommen, weil es dort gar keine portugiesische Community gibt.

Ein anderer nicht zu unterschätzender Faktor sind die Lebenshaltungskosten und die sind in Berlin überschaubar. Ich komme mit 50.000 € in Berlin weiter als in München. Das ist natürlich wichtig für einen Gründer: Wie lange reicht mein Geld, bevor alles über mir zusammenkracht?

Im internationalen Vergleich des Start-Up Eco Systems Report liegt Berlin nur auf Platz 15 – etwa hinter Tel Aviv, Paris und London. Was fehlt Berlin, um im internationalen Vergleich aufzuholen?

In der deutschen Mentalität ist das Gründen nicht so hoch angesehen. Als ich anfing, Waymate zu gründen, fanden viele Freunde das nicht so toll. Sie waren skeptisch angesichts eines solchen Schrittes. Das ist in anderen Kulturkreisen nicht so. Die Amerikaner und Israelis beispielsweise haben ein ganz anderes Risikoverständnis. In Deutschland ist man eher sicherheitsorientiert. Das Umfeld reagiert meist

kritisch auf Existenzgründer. Wer in so einem Klima gründet, braucht schon günstige Konstellationen: Man muss selber in einer guten Verfassung sein und man sollte ein paar Freunde um sich herum haben, die einem Mut machen.

Fehlt es manchmal den Gründern selbst an Ehrgeiz? Backen sie lieber kleine anstatt große Brötchen?

Nein. Das Problem sind die Investoren in Deutschland, die nicht gerne große Summen in die Hand nehmen. Wenn ich hierzulande mit einer großen Idee zu einem Investor gehe, werde ich als erstes gefragt: Wie schnell erreichen wir den Break-Even-Point? Ist die Idee groß, liegt der Break-Even-Point meist weiter hinten. Dann fragen die Investoren: Wie kriegen wir den Break-Even-Point denn weiter nach vorne? Das geht häufig nur, wenn die Idee kleiner wird.

Es heißt, wer eine gute Idee hat, bekommt relativ leicht Kapital um zu starten. Aber es fehlt an den großen Summen, um dann zu wachsen.

Das ist richtig. Zum einen gibt es das Problem, dass es für eine sehr große Idee, die sich nicht sofort in einem Break-Even-Bereich bewegt, erst gar keine Finanzierung gibt. Und dann gibt es noch das zweite Problem: Wenn man – wie auch immer – das Gründungskapital für seine Idee zusammenbekommen hat, diese Idee sich gut entwickelt und vielleicht auch schon ein bisschen Geld einbringt, muss es ja irgendwie weiter gehen. Das heißt, man benötigt eine Anschlussfinanzierung, um sich vielleicht global aufzustellen und damit wettbewerbsfähig zu sein. Das ist dann schwierig, da in Deutschland das Kapital, um diese Wachstumsphase zu finanzieren, fehlt.

Die neue Bundesregierung will das Gründen von Unternehmen leichter machen. Es soll unter anderem ein Venture-Capital-Gesetz geben. Wird Deutschland bald zum Startup-Schlaraffenland?

Das glaube ich nicht. Ehe wir das sagen können, werden sicher noch ein paar Jahrzehnte vergehen. Ich finde es gut, dass es politisch verstanden wurde, dass Datenautobahnen eine notwendige Infrastruktur sind wie auch normale

Autobahnen, damit Güter von A nach B bewegt werden können. Das war als wir anfangen noch nicht so. Da war Internetpolitik noch bei der Kulturpolitik angesiedelt.

Jetzt muss es darum gehen, mehr Anreize für Investoren zu schaffen. Da könnten wir uns ein Beispiel an Israel oder Frankreich nehmen. Dort erhalten Privatleute einen steuerlichen Anreiz, um in hoch riskante Frühphasen der Existenzgründung zu investieren. Dort hat man erkannt, dass ein Einzelner mitunter besser erkennen kann, ob ein Gründer mit seiner Idee Chancen hat, erfolgreich zu sein, als eine große Institution.

Die Gründer in Berlin sind in der Regel Deutsche. Es gibt wenige ausländische Gründer, weniger als in anderen europäischen Städten wie London oder Paris. Warum ist das so? Sind Sie bei uns nicht willkommen?

Ich glaube für die meisten Ausländer ist Deutschland nicht das Entrepreneurship-Land Nummer 1. Ein Pakistaner beispielsweise würde nicht sofort auf die Idee kommen, nach Berlin zu gehen. Der geht nach London, New York oder San Francisco, um dort Kapital zu bekommen. Noch sind wir zehn Jahre hinterher. In zehn Jahren könnte es anders aussehen. Wir haben hier in Berlin ein sich entwickelndes Ökosystem und das sollte man schnell unterstützen, damit es weiter wachsen kann. Dann glaube ich, dass Berlin auch für ausländische Gründer interessanter wird. Es gibt erste kleine Pflänzchen, aber noch nichts strukturell wirklich Sichtbares.

Wenn Sie zurückblicken: Was war bisher Ihre größte Herausforderungen bei der Entwicklung Ihrer Plattform und wie haben Sie diese gemeistert?

Die größte Herausforderung ist zu akzeptieren, wenn man sich geirrt hat, wenn bestimmte Annahmen, auf die unser Geschäftsmodell aufgebaut ist, nicht eintreffen. Von solchen Irrtümern gibt es viele. Das ist etwas ganz Normales bei einem Start-Up. Wichtig ist, nicht in einer ungesunden Weise an seinen Annahmen festzuhalten, alle Beteiligten darüber aufzuklären, wenn man sich geirrt hat: die Mitarbeiter und Investo-

ren. Erst dann kann man weiterarbeiten. Ich drücke es immer so aus: Beim Fußballspiel gehört es dazu, den Ball zu verlieren. Wenn ich mich jedes Mal darüber aufrege, keuche ich mich aus. Ich muss akzeptieren, dass das dazu gehört.

Es gibt noch eine zweite Herausforderung. Ich bleibe beim Fußball als Beispiel: In so einem Hightechnologieunternehmen macht man viele Dinge das erste Mal. Da läuft auch mal was schief, weil die Vorgänge noch nicht so etabliert sind. Für Jürgen Klopp von Borussia Dortmund ist Counter-Pressing sehr wichtig, die Situation nach dem Ballverlust. Es gibt Mannschaften, die fangen an rumzubrüllen und sich gegenseitig zu beschuldigen. Und dann gibt es Mannschaften, die sich fragen, wie sie den Ball wieder zurückkriegern und sofort das Spiel umstellen. Darum geht es und um nichts anderes. Das ist bei uns das Gleiche. Wenn irgendwas in der Plattform nicht funktioniert, helfen gegenseitige Schuldzuweisungen überhaupt nicht. Besser ist es, wenn alle verstehen, dass sie jetzt den Ball zurückkriegern und das Problem lösen müssen. Dahinter steht letztlich, wie wir als Team funktionieren.

Was sind Ihre Pläne für 2014? Wohin soll es mit Waymate noch gehen?

Es gibt zwei konkrete Pläne. Es wird eine neue App geben, die sich noch mehr auf das Thema urbane Mobilität konzentrieren wird – und zwar weltweit: Wie komme ich innerhalb einer Stadt von A nach B, egal ob ich in Rom, Paris, Berlin oder in Tokio bin? Zum anderen werden wir den Fokus noch mehr auf das Thema Flug legen.

Unsere Vision bleibt es, eine Lösung für Reisen von Tür-zu-Tür zu bauen, egal wohin man will: innerhalb der eigenen Stadt vom Büro ins Restaurant, oder von Berlin an den Times Square in New York. Mit allen Verkehrsmitteln und inklusive Buchung. Das ist unser Ziel.



„Industrie heute wird nicht mehr die Industrie von morgen sein.“

In ihrer zu Beginn des Jahres vorgelegten Mitteilung „Für eine Renaissance der europäischen Industrie“ stellt die EU-Kommission Industrie in den Mittelpunkt ihrer Wachstumsstrategie. Das Ziel in Zahlen lautet, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Mitgliedsstaaten bis zum Jahr 2020 von aktuell 16 auf 20 Prozent zu steigern.

Wie dies erreicht werden und ob Deutschland ein Vorbild sein kann, darüber diskutierten auf Einladung des Managerkreisesprecher Klaas Hübner am 20. Februar 2014 in Berlin Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Markus Kerber, Hauptgeschäftsführer des BDI, Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Reiner Hoffmann, Mitglied im Bundesvorstand des DGB, Bernd Lange, Handelspolitischer Sprecher der Sozialdemokraten im EP und Siegfried Russwurm, Mitglied des Vorstands der Siemens AG. Einig waren sich alle Beteiligten darüber, dass das Vorhaben genauso wünschenswert wie ambitioniert ist.



Notwenige Akzeptanz

Durch die Wiederentdeckung industrieller Produktion als Basis für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand kommt der Industriepolitik heute wieder eine weitestgehend unstreitige Bedeutung zu. Das war in den letzten Jahrzehnten nicht immer selbstverständlich, erinnerte Kurt Beck in seiner Begrüßungsrede. Obwohl sich das Image der Industrie sowohl in der Politik als auch in den Medien stark gebessert hat, herrscht über die gesellschaftliche Akzeptanz für industrielle Wertschöpfung sowie den Ausbau notwendiger Infrastruktur Diskussionsbedarf. Wenn es hieran mangelt, müssen wir uns fragen, wo das Unbehagen herkommt, mahnte Hubertus Heil. Wir müssen verstehen, dass einige sich wundern, warum sie vom Wachstum nichts mitbekommen, „auch in der Lohntüte“.

Wie wichtig Akzeptanz nicht nur für Industrie und Infrastruktur, sondern außerdem für den Wettbewerb als solchen ist, verdeutlichte Siegfried Russwurm. Wir können, sagte er, den Wettbewerb zwischen Unternehmen, zwischen Volkswirtschaft und Regionen nicht weg definieren. Wir müssen uns ihm stellen, ob uns das gefällt oder nicht, ob uns Wettbewerber und Methoden gefallen oder nicht.

Wege zum Ziel

Um den Industrieanteil in Europa zu erhöhen, muss die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ganz oben auf der Agenda stehen. Darüber bestand auf dem Podium breiter Konsens. Der Zugang zu Kapital und Investitionen muss erleichtert werden. Dazu müssen die Marktbedingungen verbessert werden. Auf europäischer Ebene braucht es eine Strategie, die auf die vielen miteinander verzahnten Bereiche eingeht, die unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Entwicklungspotenziale berücksichtigt und schließlich die nationalen Aktivitäten stärker koordiniert. Ohne die „Kleinstaaterei“ zu überwinden, stellte Bernd Lange klar, kann die Revitalisierung der europäischen Industrie unmöglich gelingen.

Ebenso wenig wird die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer ohne eine Modernisierung der Industrie zu haben sein, betonte Hubertus Heil. Denn die Entwicklung schreitet voran, „Industrie heute wird nicht mehr die Industrie von morgen sein“. Einerseits folgt daraus, dass wir angesichts der durch technologische Innovationen bedingten Halbwertzeiten von Qualifikationen „endlich Ernst machen müssen, mit ein paar Vorstellungen, die überhaupt nicht neu sind, zum Beispiel lebenslanges Lernen“, forderte Reiner Hoffmann. Andererseits bedeutet es, dass Politik ihren Beitrag leisten muss, die sich neu ergebenden Chancen recht-



zeitig zu nutzen. Keineswegs umsonst sind mit der Digitalisierung der Produktionsprozesse und Wertschöpfungsketten, der sogenannten „Industrie 4.0“, große Hoffnungen in Hinblick auf mehr Innovationskraft und Flexibilität verbunden.

Besonderheiten in Deutschland

Während Deutschland noch vor rund zehn Jahren als kranker Mann Europas betitelt wurde, hat es die Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise gut überstanden. Das ist zum großen Teil seiner wettbewerbsfähigen, mittelständisch geprägten Industrie mit breiten Wertschöpfungsketten zu verdanken. Entscheidend sind laut Markus Kerber drei Faktoren: die internationale Ausrichtung, sprich die Außenhandelsorientierung der deutschen Industrie, ihre Innovationskraft sowie die Sozialpartnerschaft, die in der Krise zusätzlich zur staatlichen Unterstützung flexible Lösungen ermöglicht hat. In ihr kann eine Besonderheit erkannt werden, die vorbildlich für Europa ist. Trotzdem kann Deutschland wegen erheblichen Unterschieden keine „Blaupause“ für andere Länder sein. Auch muss man hierzulande noch dazu lernen, räumte Markus Kerber ein. Beim Kapitalertragsmanagement beispielsweise, das immer wichtiger wird, nimmt Deutschland, „wenn man das mal ranken würde“, vermutlich nicht die besten Plätze ein.

Die Besonderheiten deutscher Energiepolitik wurden ebenfalls an verschiedenen Stellen deutlich. Eine gesicherte und kostengünstige Energieversorgung gilt als Grundlage industrieller Wettbewerbsfähigkeit. Der Streit zwischen EEG-Befürwortern und -Gegnern jedoch hat eine grundlegende Reform desselben lange verhindert. Wenngleich manche meinen, die „crazy Germans“ werden sich ihre Energiewende schon leisten können – die Notwendigkeit einer Verständigung mit der EU wegen der zum 1. Januar 2015 auslaufenden Ausnahmetatbestände für energieintensive Betriebe erzeugt einen Zeit- und Handlungsdruck, der einer breiten Öffentlichkeit kaum bekannt ist, merkte Hubertus Heil an.

Eine Zusammenfassung der Veranstaltung (Kurzvideo) finden Sie hier:

http://youtu.be/3_bcBGGJ9K0

Nach der Hessenwahl: Ausblick auf die kommende Legislatur

Bei der Landtagswahl in Hessen Ende September 2013 hatten weder die schwarz-gelbe Landesregierung noch SPD und Grüne eine eigene Mehrheit erreicht. Zwei Monate später diskutierte der Managerkreis Rhein-Main in einem Hintergrundgespräch mit Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Die Koalitionsbildung war zu diesem Zeitpunkt noch ungeklärt.



Thorsten Schäfer-Gümbel zeigte sich auf der Veranstaltung am 25. November 2013 zufrieden mit dem Abschneiden der SPD. Immerhin hatte die Partei am 22. September 2013 Stimmen dazu gewonnen. Es dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich um das zweitschlechteste Ergebnis der hessischen Nachkriegsgeschichte handelt und es nicht gelungen ist, die SPD auf Augenhöhe mit der CDU zu führen.

Das hat nach Ansicht des Managerkreises folgende Ursachen: Die SPD hatte zwar auf die richtigen Themen gesetzt, z. B. die wahlentscheidenden Themen Bildung, Arbeitsbedingungen, Energie, drang aber damit nicht entscheidend durch. Bei den Themen „Schule und Bildung“, einem der Kernthemen des Wahlkampfes, liegt sie lediglich mit der CDU gleichauf. Abgehängt ist sie auf den Kompetenzfeldern „Arbeitsplätze“, „Verkehr“, „Energie“ und „Wirtschaft“. In den wichtigsten Themen wird der „Arbeitnehmerpartei“ der SPD keine wesentliche Kompetenz zugesprochen.

Der SPD ist es nicht in ausreichendem Maße gelungen, die sogenannte Mitte zu besetzen. Das könnte daran liegen, dass die Mittelschicht die SPD zwar in ihrem Einsatz für die sozial Schwachen als hochgradig authentisch erlebt. Eine Reduzierung auf das Thema soziale Gerechtigkeit reicht aber allein nicht. Für die SPD ist es wichtig, eine ausgewogene Balance zwischen

dem wichtigen Engagement für soziale Themen und dem Eintreten für Zukunftsthemen zu finden, die für die Mittelschichten wesentlich sind.

Eine neue Landesregierung muss sich klar zu Hessen als wirtschaftlich starkem Standort bekennen, dessen Bedeutung auch für die Bundesrepublik Deutschland zu bewahren und auszubauen ist. Das schließt eine eindeutige Verpflichtung zu Sicherung und Ausbau der Infrastruktur ein. Dazu gehört der Erhalt des Frankfurter Flughafens in seiner Funktion als internationales Drehkreuz, die Realisierung der lange aufgeschobenen Sanierung des Straßennetzes sowie der Ausbau des Schienennetzes, z. B. der lange aufgeschobenen S-Bahn-Linien im Rhein-Main-Gebiet.

Vor dem Hintergrund, dass die Einhaltung der Schuldenbremse unverzichtbar ist, gehört zu jeder Regierungsbildung ein Kassensturz, um die tatsächlich vorhandenen Spielräume auszuloten.

Die Gestaltung der Energiewende ist das Zukunftsthema. Hier steht die SPD in der Verantwortung den Umstieg auf erneuerbare Energien so zu gestalten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Unternehmen nicht gefährdet wird.

Zur Zukunftssicherung des Landes Hessen gehört prominent das Thema „Bildung“. Hier muss der Ausbau der Betreuungseinrichtungen auf kommunaler Ebene vorangetrieben werden, sowie der Erhalt und Ausbau der Bildungsstandards im Vordergrund stehen. Der Streit um G8 oder G9 muss beendet werden – vielmehr soll es um die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der Bildung gehen.

Nach den Koalitionsverhandlungen im Bund! – Wie geht es weiter?

Die Bundestagswahl 2013 führte zu einer völlig veränderten Lage in Deutschland. Die bisherige schwarz-gelbe Bundesregierung erhielt keine Mehrheit mehr. Die FDP ver-

schwand aus dem Bundestag. Die Sozialdemokratie stand vor der Herausforderung in eine Große Koalition zu gehen.

Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, berichtete in einem Hintergrundgespräch des Managerkreises am 2. Dezember 2013 über die schwierigen Koalitionsverhandlungen mit der Union und über die Bedeutung der Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen. Besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der Energie- und Wirtschaftspolitik und der Gestaltung der Energiewende. Als größte technologische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderung steht hierbei besonders für NRW viel auf dem Spiel, es böten sich aber auch große Chancen, die Technologieführerschaft zu übernehmen

Römer betonte als zweiten wichtigen Punkt die Entlastung der Kommunen. Die Reform der Eingliederungshilfe, die Investitionen in die Infrastruktur, die Stärkung der Städtebauförderung und die zusätzlichen Mittel für Kita-Ausbau und Schulen seien notwendige Maßnahmen, die die Kommunen dringend benötigen, um finanziell wieder auf festen Beinen zu stehen.

Die zahlreich erschienen Gäste des Hintergrundgesprächs debattierten auf Grundlage dieser Daten angeregt über die künftige Koalition und die Aufgaben, die innerparteilich wie gesellschaftlich auf die Parteien zukommen. Augenmerk lag dabei insbesondere auf den Fragestellungen der Wirtschafts-, Finanz-, und Europapolitik und was das Ergebnis für NRW sowie die hier ansässige Industrie und Energiewirtschaft bedeutet.



Gesundheitswirtschaft in Thüringen – Leitbranche für Wachstum und Beschäftigung

In der „Gesundheitswirtschaft“ finden heute wesentlich mehr Menschen einen Arbeitsplatz als in den traditionellen Wirtschaftszweigen wie der Automobilindustrie. Während und nach der Finanzkrise erwies sich die Gesundheitswirtschaft als relativ sicher. Angesichts der stetig steigenden alternden Gesellschaft hat dieser Bereich auch zukünftig ein großes Wachstumspotenzial. Das Ziel ist es daher, die richtige Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zu finden um bei einer steigenden Nachfrage die Qualität des Angebots zu sichern.

Am 11. Dezember 2013 diskutierte die Thüringer Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit Heike Taubert mit Experten aus Sozial- und Wohlfahrtsverbänden



und der Gesundheitswirtschaft über die Chancen und Potenziale der Gesundheitswirtschaft im Freistaat: Wie lassen sich diese Ziele in Zeiten des demografischen Wandels verwirklichen? Welche Maßnahmen wurden bereits in Politik und Privatwirtschaft ergriffen, um die stetig wachsende Nachfrage nach einer stabilen Gesundheitsversorgung zu sichern? Können die einzelnen Bereiche der Gesundheits- und Sozialwirtschaft gebündelt werden, um so effizienter zu arbeiten?

Wolfgang Blank, Geschäftsführer der BioCon Valley GmbH in Greifswald und Rostock, stellte die Prognose auf, dass im Jahr 2030 jeder fünfte Beschäftigte in der Gesundheitswirtschaft tätig ist und dieser Sektor einen Anteil von ca. 290 Milliarden Euro an der Bruttowertschöpfung haben wird. Auch in Thüringen ist die Gesund-

heitswirtschaft schon jetzt ein wichtiger Arbeitgeber: Allein 340 Zulieferer von Medizintechnik und 60 BioTec Unternehmen in den Bereichen Medizin und Pharma sind hier angesiedelt, davon ca. zwei Drittel in der Region Jena.

Auch im ländlichen Raum schafft die Gesundheitswirtschaft Arbeitsplätze und ist somit ein wichtiger Standortfaktor, dessen Potenziale weiter gefördert werden müssen, betonte die Ministerin Heike Taubert. Probleme, wie die Überalterung der Ärzteschaft, das Auseinanderklaffen der Schere bei den Personalkosten sowie die Nachwuchsgewinnung und -förderung in der Gesundheitswirtschaft seien wichtige Aspekte, die es gemeinsam zwischen Politik und privat finanzierten Trägern forciert zu lösen gilt.

Reinhard Müller, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbands Thüringen e. V., verwies dabei auf die noch immer zu geringe Verzahnung zwischen der Sozial- und der Gesundheitswirtschaft, die dadurch die Effektivität gemeinsamer Prozesse und Zielsetzungen bremse. Wichtig sei auch, so Müller, das betriebliche Gesundheitsmanagement, was oft noch Neuland ist, zu fördern, um Fachkräfte durch gesundheitliche Vorsorge möglichst lange in den Unternehmen halten zu können.

„Wir ringen um jedes Kind“, sagte Heike Taubert und verwies darauf, dass eine frühzeitige Förderung von Familien durch gute Kindereinrichtungen und Schulen sowie Ausbildungsangebote dem Problem des Fachkräftemangels auch im Gesundheitssektor und vor allem im stetig wachsenden Markt der Pflegeberufe entgegenwirke. Der Anschub dazu dürfe aber nicht allein auf der Landesebene geschehen, sondern müsse auch vom Bund ausgehen. Hier seien stabile Finanzeinnahmen zum Beispiel durch die Beiträge der Pflegeversicherung wichtig. Man müsse von einer Generationengerechtigkeit hin zu einer Generationensolidarität kommen, so die Ministerin.

Für eine frühzeitige Investition in zukünftige Arbeitskräfte plädierte auch Michael Hack von der AWO gGmbH. Er verwies aber auch darauf,



dass es der Gesundheits- und Sozialpolitik in Thüringen an Selbstbewusstsein fehle, obwohl der Freistaat ohne die Gesundheits- und Sozialwirtschaft nicht das wäre, was er heute ist. Die gemeinsame, verstärkte Vermarktung nach außen fehle. Hier wurden aus dem Publikum Impulse von Frank Krätzschar, dem Geschäftsführer der Landesentwicklungsgesellschaft, gefordert. Das Bewusstsein, dass die Gesundheitswirtschaft eine Leitbranche für Wachstum und Beschäftigung ist, muss dringend aufgebaut, erweitert und zu einem landespolitischen Leitstern entwickelt werden.

Das Fazit der Diskussion zielte darauf, dass die klassische Gesundheitspolitik überdacht werden muss, um für die heutigen und zukünftigen Problemstellungen sinnvolle Lösungen zu finden. Dabei sei es notwendig, mit der Gesundheits- und Sozialwirtschaft eng zusammenzuarbeiten. Erste Schritte seien dazu in Thüringen bereits erfolgreich getan, wie die Gesundheitsministerin versicherte. So würden bereits das Bauministerium, das Sozialministerium, die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und private Träger zusammenarbeiten, um Mehrgenerationen-Häuser, die unterschiedlichen Altersstrukturen der Bewohner angepasst sind, zu errichten. Hier und auch in anderen Bereichen müsste aber noch viel mehr getan werden, um das Gesamtpaket zu kommunizieren, so Heike Taubert.

Das Recht auf Mobilität

Am 15. Januar 2014 traf sich der Managerkreis Niedersachsen-Bremen in Hannover mit dem ehemaligen Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig. Er ist Vorsitzender der Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“.

In seinem Impulsreferat sprach Bodewig zum Thema „Infrastrukturpolitik der Zukunft“. Der Erhalt einer guten Verkehrsinfrastruktur ist eine wichtige Zukunftsaufgabe, die einer nachhaltigen Finanzierung bedarf. Dazu wurden bei einer Sonder-Verkehrsministerkonferenz der Länder im Oktober 2013 Ziele benannt, wie das

Recht auf Mobilität, Verkehrssicherheit, Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Werterhalt der Netze.

Dies erfordert die Sicherstellung einer dauerhaften, verlässlichen und zukunftsfähigen Finanzierung für alle Verkehrsträger und alle staatlichen Ebenen. Dazu hat die Kommission einen entsprechenden Stufenplan bis 2019 entwickelt. Geplant ist unter anderem eine Reduzierung der laufenden Unterfinanzierungslücke bis Ende der 18. Wahlperiode. Außerdem soll ein Verkehrsfonds für Straße, Schiene und Wasserwege eingerichtet werden.

Vorgesehen ist auch die Einbeziehung der Bahndividende für die Netzfinanzierung und Bildung eines Sondervermögens für nachholende Sanierungen. Weitere Nutzerfinanzierungsoptionen werden ebenfalls in die Überlegungen einbezogen, wie zum Beispiel die Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen oder eine Ausweitung auf LKW ab 7,5 Tonnen und auf das nachgeordnete Netz. Eine eventuelle PKW-Maut für Ausländer ist auf Rechtskonformität zu prüfen.

Gute Wirtschaftspolitik

Das Thema Wirtschaftspolitik ist kein einfaches Feld. Von einer guten Wirtschaftspolitik erwarten die Menschen eines Landes, dass sie sich ihren Lebenswirklichkeiten widmet und gleichzeitig solide aufgestellt ist. Für die Politiker bedeutet das, die schwierige Balance zwischen krisenfester Finanzpolitik und der Investition in die Zukunft zu bewältigen.

Was verstehen wir unter „Guter Wirtschaftspolitik“? Reicht uns ökonomisches Wachstum als Zielkategorie aus? Welche wirtschaftspolitischen Stellschrauben gibt es - jenseits von Konsolidierung - und wie könnte ein geeigneter Rahmen für die wirtschaftspolitische Prioritätensetzung aussehen, der die ökologische und soziale Nachhaltigkeit gleichermaßen berücksichtigt? Über diese Fragen diskutierten Nils

Schmid, Minister für Finanzen und Wirtschaft in Baden-Württemberg und Sebastian Dullien, Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre an der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft, am 16. Januar 2014 im Haus der Wirtschaft in Stuttgart.

Sebastian Dullien zeigte den Mangel an langfristigen Strategien auf und stellte einen Regulierungsrahmen für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik auf. Nils Schmid forderte, den Menschen wieder mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Zu häufig sei in den letzten Jahren die „reine Lehre“ propagiert worden. Die große Herausforderung sei deshalb, Marktwirtschaft wieder untrennbar mit dem Sozialen und der Nachhaltigkeit zu verknüpfen. Der Wirtschaftsminister möchte die Rahmenbedingungen der Unternehmen verbessern und in die Menschen investieren. Das ist nicht unbedingt eine „neue“ Wirtschaftspolitik. Es ist vielmehr eine Rückbesinnung auf die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft.



Eine Zusammenfassung der Veranstaltung als Videobeitrag finden Sie hier:

<http://www.youtube.com/watch?v=HM68TUq10Xw&list=PLI9CwYW3a-6Vlq3a2nZWEgCOoznzgZmqH>

Bestandsaufnahme der Hamburger Verkehrssituation

Im September 2013 hatte der Hamburger Senat ein Mobilitätsprogramm beschlossen, das die Grundlage für eine kontinuierliche Verkehrsentwicklungsplanung in Hamburg legt. Das knapp 80 Seiten starke Papier erfasst und analysiert Hamburgs gegenwärtige und künftige Verkehrssituation. Es war Gegenstand eines Hintergrundgesprächs des Managerkreises Nord-Ost mit Hamburgs Wirtschaftssenator am 20. Januar 2014.

Der Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg Frank Horch betonte in seinem Impulsreferat, dass die Metropole Hamburg, anders als andere Regionen Deutschlands, in den kommenden Jahren weiter wachsen werde. Die steigenden Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der über 300.000 Pendler aus den umliegenden Regionen, stellen eine große Herausforderung dar. Mobilität sei ein Grundbedürfnis für die Lebensqualität der Region, aber auch eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Es sei erforderlich, die städtische Verkehrsinfrastruktur kontinuierlich weiterzuentwickeln. Für eine nachhaltige und umweltverträgliche Verkehrsentwicklung spielen dabei Aspekte wie Lärmbelastung oder Luftreinheit eine wichtige Rolle, denn nur so kann man die Akzeptanz der Bevölkerung dafür erreichen.

Als wesentliche Leitlinien und Handlungsfelder für das Hamburger Mobilitätsprogramm nannte Frank Horch: Erreichbarkeit als wichtigstes ökonomisches Fundament für den Wirtschaftsstandort, öffentlicher Personen-Nahverkehr als Rückgrat der Mobilität in Hamburg, effizientes Management und Vernetzung bei der Suche nach systemischen Lösungen und Entwicklung der Elektromobilität als Beispiel für einen Ressourcen schonenden Antrieb.

Der Vorstandsvorsitzende der Hamburger Hochbahn und Sprecher des regionalen Managerkreises Nord-Ost Günter Elste moderierte das Gespräch. Er stellte das „Switch“-Konzept der Hochbahn vor, das an den Haltestellen Fahrräder und günstige Mietautos für die Erreichung des Endzielortes anbietet.

Die sich anschließende Diskussion konzentrierte sich zunächst auf die Problematik der Fahrradwege in Hamburg. Im Folgenden ging es um die Fragen, ob der Flughafen weiter ausgebaut werden sollte und wie die weitere Planung für die Autobahnanbindungen aussieht. Insgesamt war die Unterstützung der Beteiligten für das Mobilitätsprogramm und diese schwierige, aber so zukunftsweisende Aufgabe sehr groß und alle wünschten Senator Horch viel Erfolg.



Eine stabile Architektur für die Währungsunion

Zu seiner Auftaktveranstaltung war der Managerkreis Rhein-Main am 3. Februar 2014 zu Gast beim Präsidenten der Deutschen Bundesbank Jens Weidmann. Das Interesse war gewaltig.



Die Rezession im Euro-Raum ist vorüber – ein Grund zur Freude, aber kein Grund, das Ende der Krise auszurufen. Die konjunkturelle Erholung ist fragil und hängt davon ab, ob die vielen strukturellen Herausforderungen der Währungsunion entschlossen angegangen werden. Das gilt für Mitgliedsstaaten, in denen weitere Reformen nötig sind, gerade um die teilweise bedrückend hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Aber es gilt ebenso für den Ordnungsrahmen der Währungsunion. Durch die Krisenbeben, aber auch durch die Rettungsmaßnahmen wurde das Fundament der Währungsunion erschüttert

Vor rund 160 Personen überzeugte Jens Weidmann in seinem Vortrag mit seinen fundierten Argumenten über eine stabile Architektur für die Währungsunion. Der Volkswirt, der als Generalsekretär des Sachverständigenrats der Wirtschaftsweisen Gutachten mitformuliert hatte, die bis heute als Blaupause der Agenda 2010 gelten, präsentierte sich als erster Anwalt Europas für stabile Preise und einen harten Euro. In der anschließenden Diskussion stellte er nicht nur seine unverrückbaren Überzeugungen unter Beweis, sondern auch eine angenehme Freundlichkeit.

„Deutschland kann sich glücklich schätzen, dass ein so kluger und weitsichtiger Protagonist wie Jens Weidmann an der Spitze der Bundesbank steht, der mit den kompli-



zierten Rahmenbedingungen von Politik und Finanzwelt bestens vertraut ist“, so die Bilanz von Florian Gerster, Vorsitzender des Managerkreises Rhein-Main.

Herzensangelegenheiten aus Neukölln

Manfred W. Eiff, Mitglied der Geschäftsführung der BIOTRONIK Vertriebs GmbH & Co. KG empfing am 18. Februar 2014 den Managerkreis Berlin-Brandenburg zu einer Betriebsbesichtigung im Gewerbegebiet Berlin-Neukölln. Er ist selbst aktives Mitglied im Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Das Medizintechnikunternehmen ist ein Hidden Champion aus Berlin, das weltweit führend ist in der Herstellung von Herzschrittmachern, implantierbaren Defibrillatoren, Stents und innovativer Telemedizin. Die Wirtschaftswoche listete BIOTRONIK auf Platz 33 unter den „100 Besten des deutschen Mittelstands“.

Gegründet wurde das Unternehmen 1963 und hat seitdem seine Mission, Leben retten und die Lebensqualität von Patienten und deren Angehörigen verbessern, erfolgreich umgesetzt. Mehr als zwei Millionen Implantate haben bisher die Gesundheit und das Wohlbefinden der Patienten entscheidend verbessert. Ärzte und Patienten vertrauen auf die Zuverlässigkeit und Sicherheit von BIOTRONIK. Alle kritischen Komponenten werden im eigenen Unternehmen hergestellt und in Deutschland, der Schweiz und in den USA produziert. BIOTRONIK ist in 100 Ländern vertreten. Seit 2012 gibt es eine Niederlassung in Singapur. Von hier aus verstärkt das Unternehmen sein Engagement im asiatisch-pazifischen Raum.

Innovationsdrang und Qualitätsbewusstsein zeichnen BIOTRONIK in hohem Maße aus. Daraus hat sich eine nachhaltige Unternehmenskultur entwickelt, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen wird. Am

Hauptsitz in Berlin ist jeder fünfte Mitarbeiter im Bereich Forschung und Entwicklung tätig. Engagierte und hochspezialisierte Fachkräfte sind für BIOTRONIK von zentraler Bedeutung. Die Schulung und Erweiterung der fachlichen Kompetenzen der Belegschaft ist für BIOTRONIK daher selbstverständlich. Ganz gezielt werden Fach- und Führungskräfte aus der Informatik, den Ingenieur- und Naturwissenschaften für die Zukunft vorbereitet. Dies gilt nicht nur für die Zentrale in Berlin, sondern auch für die rund 5.600 Mitarbeiter weltweit.

Wissen, was geht

Auftragsforschung, gemeinsame Entwicklungsprojekte oder Stipendien: Für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit einer Region ist die Kooperation zwischen Unternehmen und Hochschulen von zentraler Bedeutung – auch in Bremen.

Bremen verfügt mit der Universität Bremen und der Hochschule Bremen sowie der privaten Jacobs-University über eine breite Hochschullandschaft. Diese Bildungseinrichtungen kooperieren mit verschiedenen Unternehmen der regionalen Wirtschaft. Aber sind die Potenziale schon ausgeschöpft?



Darüber diskutierte der Managerkreis am 19. Februar 2014 im Schuppen eins in der Überseestadt mit den Podiumsgästen Eva Quante-Brandt, Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Karin Luckey, Rektorin der Hochschule Bremen, Bernd Scholz-Reiter, Rektor der Universität Bremen und Katja Windt, Rektorin der Jacobs University. Als Wirtschaftsvertreter saß Manfred Meise, Geschäftsführer der Hella Fahrzeugkomponenten GmbH, in der Runde.

Eva Quante-Brandt erläuterte, dass für die Hochschulen 320 Millionen Euro zur Verfügung

gestellt werden. Das sind nahezu zehn Prozent des Gesamthaushaltes. Dennoch gehe es nicht ohne Unterstützung der regionalen Wirtschaft. Hier wolle man verstärkt um die Einbeziehung von Unternehmen werben. Immerhin profitiere die Wirtschaft Bremens von der vielfältigen Hochschullandschaft.

Gerade private Hochschulen sind besonders stark um Drittmittel aus der Wirtschaft bemüht, sagte die Rektorin der Jacobs University Katja Windt. Man wolle daher auch stärker das Potenzial von Kooperationen mit kleineren und mittleren Unternehmen nutzen.

Manfred Meise forderte von den Hochschulen konkrete Angebote in Form von industrienahen und anwendungsbezogenen Forschungsprojekten. „Viele kleine und mittelständische Unternehmen wissen bisher nicht, was sie mit den Hochschulen anfangen können“, betonte der Hella-Chef. Wichtig ist auch ein erfolgreicher Technologie- und Wissenstransfer.

Die Bremer Hochschule ist sich dessen bewusst, dass das Innovationspotenzial in der Region nur durch die Zusammenarbeit mit den Unternehmen ausgeschöpft werden kann. 2013 hat sie sich genau dieses Themas angenommen und sich professionelle Unterstützung geholt. Zusammen mit der DD Die Denkfabrik GmbH hat sie den Status quo analysiert, namhafte Unternehmen mit ins Boot geholt und in Workshops neue Modelle für die Kooperation entwickelt. ClusTra heißt das Projekt, das von der WFB Wirtschaftsförderung Bremen gefördert wurde.

Wirtschaftsspionage und Datensicherheit

Die Spähaffären rund um die US-amerikanischen und britischen Geheimdienste haben das Thema Datensicherheit wieder auf die politische Agenda gesetzt. Prominente Beispiele wie das Abhören der Kanzlerin oder die Sabotage des iranischen Atomkraftwerks durch einen Computervirus haben die Verletzlichkeit auch sensibler Infrastruk-

tur offengelegt. Neben dem diplomatischen Schaden sind vor allem Wirtschaftsinteressen betroffen.

Wirtschaftsspionage oder -sabotage sind keine neuen Phänomene, mit PRISM und anderen Spähprogrammen ist jedoch das Ausmaß der technischen Möglichkeiten besonders deutlich geworden. Die globale Arbeitsteilung mit ihren vernetzten Produktionsprozessen und der Digitalisierung unserer Arbeits- und Lebenswelt zeigt sich verwundbar wie nie zuvor. Unternehmen und Staat müssen diese Freiräume schützen und eine sichere Infrastruktur gewährleisten. Welche Schritte sind hierzu notwendig? Welche Bereiche fallen in die Eigenverantwortung der Unternehmen, welche in die staatliche Fürsorgepflicht? Und welche rechtlichen Rahmenvorgaben können effektiv durchgesetzt werden?

Diese Fragen diskutierte der Managerkreis am 20. Februar 2014 im Haus der Wirtschaft in Stuttgart mit Reinhold Gall, Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Horst Samsel, Abteilungsleiter Beratung und Koordination, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Bodo Meseke, Executive Director, Fraud Investigation & Dispute Services, Ernst & Young und Joachim Rieß, Konzernbeauftragter für den Datenschutz der Daimler AG. Moderiert wurde die Veranstaltung von dem Journalisten Peter Welcherling.

Eine Zusammenfassung der Veranstaltung als Videobeitrag:

<http://www.youtube.com/watch?v=EvQMBt1zdJM&feature=youtu.be>

Niedersachsen: Land der Energieinnovationen

Deutschland steht vor großen Herausforderungen: Die Gesellschaft wird immer älter, die Finanzausstattung der Kommunen ist angespannt und der Umbau unseres Energiesystems ist in vollem Gange. Gerade in einem großen Flächenland wie Niedersachsen

werden Fragen der Mobilität und Anbindung sowie der (ländlichen) Daseinsvorsorge zunehmend entscheidend für die Attraktivität der einzelnen Regionen. Doch nicht nur mit dem demografischen Wandel, auch mit dem Umbau unserer Energie- und Industriestrukturen stehen wichtige Entscheidungen für die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens an.

Am 4. März 2014 zog der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil in einem Hintergrundgespräch beim Managerkreis in Hannover eine (Zwischen-)Bilanz des ersten rot-grünen Regierungsjahres in Niedersachsen. Dabei standen die Themen Energiewende, Fachkräftequalifizierung sowie die regionale Entwicklung und EU-Strukturpolitik im Vordergrund.



„Niedersachsen ist Industrie- und Agrarland“

Wo steht Niedersachsen heute? Mit dieser Frage begann Ministerpräsident Stephan Weil seinen Impuls. Niedersachsen sei „eine interessante Kombination aus Agrar- und Energieindustrie“, die es erfolgreich zu nutzen gelte. „Wir legen maximalen Wert darauf, dass die Industrie in Niedersachsen stark bleibt“, betonte Weil. Die Industrie sei die Basis des Wohlstands der Gesellschaft und auch des Sozialstaates. Dabei partizipiere das Bundesland sehr von der Erfolgsgeschichte von Volkswagen, so Weil. Deshalb sei „Teil unserer Politik, dass es Volkswagen gut geht“. Aber auch die Energieindustrie des Landes sei ein überragendes Thema: Die rot-grüne Landesregierung habe damit begonnen, die „sanfte Energiewende“ einzuleiten, hob der Ministerpräsident hervor. Niedersachsen solle „Agrarland Nummer Eins“ sein, gleichzeitig aber wolle man auch Nutzungskonflikte zwischen Nahrungsmittelproduktion und Umwelt beseitigen. Darüber hinaus sei Niedersachsen das Land der Energieinnovationen. Weil bekannte sich dabei ausdrücklich zu Offshore- und Windenergie.



Der demografische Wandel – ein „Riesenthema“ für Niedersachsen

Ein weiterer Schwerpunkt der Regierungsarbeit sei laut Weil der demografische Wandel. Zwar schrumpfe Niedersachsen im Durchschnitt nur um fünf Prozent, das Problem liege jedoch in der ungleichen regionalen Verteilung. „Auf der Landkarte der Demografie herrscht ein höchst unterschiedliches Bild“, stellte Weil fest. Während der Westen des Bundeslandes sowie Hannover und Wolfsburg von den Schrumpfungprozessen eher weniger betroffen seien, sei in Süd- und Ostniedersachsen der demografische Wandel deutlich zu erkennen. Dort seien Bevölkerungsrückgänge von bis zu dreißig Prozent festzustellen, so Weil.

„Aber das Problem liegt nicht nur in den Regionen, sondern auch in den Generationen“, machte der Ministerpräsident deutlich. Demnach erwarte das Land einen Rückgang von fast dreißig Prozent bei der jüngeren Bevölkerung. Als Konsequenz zähle deshalb die Fachkräftesicherung zu den zentralen Themen der rot-grünen Regierung. Eine Lösung dieses Problems seien Investitionen in Bildung, unterstrich Weil. Ein Fünftel der niedersächsischen Schülerinnen und Schüler verlasse die Schule ohne einen Abschluss und mehr als ein Viertel aller Ausbildungen würden nicht beendet. Hier spiele die duale Ausbildung eine entscheidende Rolle, um das brachliegende Potenzial zu heben. Zudem studierten deutlich mehr junge Niedersächsinnen und Niedersachsen in anderen Bundesländern als umgekehrt, weshalb dieser Entwicklung nicht zuletzt durch die Abschaffung der Studiengebühren entgegengelenkt werden soll. Ein weiterer wichtiger Aspekt, um die demografische Herausforderung zu bewältigen, sei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Lösungen seien dabei die Einrichtung von Ganztagschulen sowie der Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz. „Der demografische Wandel ist der Verbündete der Frauen“, zeigte sich der Ministerpräsident außerdem überzeugt. Denn die Stärkung der Frau sei nicht nur ein soziales, sondern auch ein volkswirtschaftliches Projekt.

„Regionaler Zusammenhalt ist ein Erfolgsfaktor“

In der anschließenden Diskussion nahm unter anderem das Thema der Landkreisfusionen eine prominente Rolle ein. Von den anwesenden Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern wurden die Erfahrungen von engeren Kooperationen zwischen Kommunen als positiv beschrieben. Gerade in wirtschaftlich schwachen Regionen müssten jedoch die betroffenen Landkreise noch stärker zusammenarbeiten. Weil stimmte dem zu, machte jedoch auch deutlich, dass „der entscheidende Punkt für eine solche Kooperation in den Köpfen der Verantwortlichen“ liege. Er könne sagen, dass gerade Hannover durchweg positive Erfahrungen mit der Verlagerung von Kompetenzen gemacht habe, zum Beispiel in den Bereichen der medizinischen Versorgung oder des öffentlichen Nahverkehrs. Daher wolle er auch andere Städte und Regionen zur regionalen Aufgabenverteilung ermutigen, weil so Stärken gebündelt werden könnten. Auch die Wirtschaft müsse in den Prozess miteinbezogen werden, so Weil. Denn der Niedersachse ließ keinen Zweifel daran: „Wirtschaft ist der entscheidende Faktor bei der Regionalentwicklung“.

Von Geeks und Gewerkschaften – Arbeiten im digitalen Zeitalter

Berlin boomt als Start-Up Metropole. Das einzigartige Gemisch aus einer internationalen Kreativszene, günstigen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie einer Vielzahl hoch ausgebildeter (und meist junger) Fachkräfte ist maßgeblich entscheidend für den Gründungsschub der Hauptstadt. Die Geschwindigkeit mit der immer neue Firmen entstehen zeigt, mit welcher Dynamik hier immer neue Geschäftsfelder erschlossen werden. Aufbruchsstimmung ist also angesagt.

Gemeinsam mit dem Berliner Start-Up Waymate veranstaltete der Managerkreis am 5. März 2014 ein Fachgespräch über die Arbeitsbedingungen in der digitalen Branche. In der Runde aus Vertretern der Start-Up Branche,

Gewerkschaftern und Wissenschaftlern wurde intensiv diskutiert, ob die digitale Veränderung nun schleichend unsere Arbeits- und Lebenswelt verändert, oder – so die weitläufige Meinung der Digital Natives – radikal und umfassend. Ob alt ob jung, Digital Native oder Digital Migrant - einig war man sich über die vielen Vorteile und Freiheiten, die mit dem mobilen, internetbasierten Arbeiten einhergehen.

Laptop und Smartphone, gute WLAN-Verbindung und Handyempfang und schon kann man heute überall auf der Welt arbeiten. Cloud Computing und Social Media Plattformen machen es möglich. Co-working und Information Sharing sind heutzutage eben nicht mehr räumlich gebunden und ermöglichen ein sehr flexibles Arbeiten, mehr Zeit für Familie und Freunde, aber vor allem die Freiheit, dann zu arbeiten, wenn man am produktivsten ist. Denn die besten Ideen entstehen erfahrungsmäßig nicht am Schreibtisch, sondern in der Freiheit und beim kreativen Austausch mit Gleichgesinnten. So macht gerade dies den Reiz für das Arbeiten in den (Berliner) Start-Ups aus: Nicht wie gearbeitet wird ist entscheidend, sondern das, was am Ende dabei herauskommt.

Bei dem immer knapper werdenden Angebot an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei es essenziell, so die Geschäftsführer von Start-Ups in der Runde, hoch motiviertes Personal an das eigene Unternehmen zu binden und die Arbeitsplätze individuell auf die einzelnen Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszurichten. Von Gratisessen und Beer Fridays solle man sich daher nicht blenden lassen, hier ginge es um vitale Unternehmensinteressen: Die Hauptressource des eigenen Erfolgs sei immer noch das Team mit seinen Ideen.

Hier setzt auch die Gewerkschaft ver.di an, die mit ihrem Projekt „Ich bin mehr wert“ gerade Selbstständige und Freelancer anspricht, diese Freiheiten und individuellen Vereinbarungen zu verteidigen. Denn in den kleinen Start-Ups und Unternehmen mit kleiner Beleg-

schaft, würden die meisten Absprachen und Regeln mündlich getroffen. Zu Recht genieße man zwar die Freiheit und das Unbürokratische, aber schon bei der Übernahme durch eine größere Firma oder einen Geschäftsführerwechsel können sich diese Dinge schnell ändern. Gerade bei Firmenübernahmen sei es wichtig, rechtzeitig Betriebsvereinbarungen zu verschriftlichen und durch einen Betriebsrat abzusichern. Denn nur so könne das Mitspracherecht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ernstfall auch rechtlich durchgesetzt werden.

Entscheidend sei das partnerschaftliche Miteinander von Belegschaft und Unternehmensführung, denn dies sei immer schon eine Stärke der deutschen Sozialpartnerschaft gewesen, Probleme gemeinsam zu lösen.

Insofern – so war man sich am Ende einig – sei das Problem nicht das Für- oder Gegeneinander dieser beiden Gruppen. Die eigentliche Herausforderung bestünde darin, die gesamte Gesellschaft rechtzeitig und umfassend auf die Änderungen durch die Digitalisierung vorzubereiten und diese im Prozess mitzunehmen. Das Verständnis für die Kommunikation und die Arbeitsweise von heute sei dabei ebenso wichtig wie der Erfahrungen der nicht-digitalen Generation im kritischen Umgang mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Oder wie es von einem Teilnehmer zusammengefasst wurde: Wenn wir es nicht schaffen, das Lernen neu zu lernen, altes und neues Denken miteinander zu verbinden, dann werden die digitalen Träume einer besseren Welt schnell zum Albtraum.

Zum Audiobeitrag:

<http://www.managerkreis.de/mediathek/>



Bildung und Energiewende sind Schlüssel für die Zukunft

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz war am 21. Januar 2014 zu Gast beim Steering-Komitee des Managerkreises.



In einem Hintergrundgespräch beschrieb Olaf Scholz einige der vielfältigen Herausforderungen, mit denen er und der Senat im Stadtstaat zu tun haben. Wichtige Anliegen sind ihm dabei Bildung und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Er erläuterte das Hamburger Ausbildungsmodell, das darauf ausgerichtet ist, ausbildungsfähige Jugendliche ohne Lehrstelle zeitnah und möglichst direkt in eine duale Berufsausbildung zu überführen. Dieses Hamburger Modell ist aus Sicht von Scholz auch für andere Städte und Regionen interessant.

Das Ergebnis der Bundestagswahl kommentierte Olaf Scholz in seiner Funktion als stellvertretender Parteivorsitzender. Die SPD darf sich in der Regierungsbeteiligung nicht auf einem Wahlergebnis von 25 Prozent ausruhen. Zu den größten Herausforderungen zählen die Weiterentwicklung Europas und die Umsetzung der begonnenen Energiewende. Hier sieht Scholz Chancen für die deutsche Wirtschaft in der Entwicklung und Nutzung von technologischen Möglichkeiten. Eine kostengünstige und unabhängige Stromversorgung könnte darüber hinaus ein Standortvorteil für Deutschland sein. Wichtig ist aber ein gut ausgebautes Netz, damit der Strom auch dahin geleitet werden kann, wo er gebraucht wird.

Die europäische Staatsschuldenkrise – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft

Das Steering-Komitee traf sich am 6. März 2014 zu einem Hintergrundgespräch mit Andreas Dombret, Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank.

Andreas Dombret gab den Anwesenden in seinem Impulsreferat zunächst einen strukturierten Überblick über die Ursachen der Staatsschuldenkrise, bevor er über die gegenwärtige Lage sprach und ein Fazit für die Zukunft zog. Die Krise im Euro-Raum war und ist eine ökonomische und soziale Katastrophe, deren Folgen noch lange zu spüren sein werden. Jetzt gilt es aus den Fehlern zu lernen, um neue Krisen zu vermeiden.

Drei Dinge sind wichtig, um den Wege aus der Staatsschuldenkrise heraus zu finden: Die Staatshaushalte der betroffenen Länder müssen saniert, ihre Wettbewerbsfähigkeit muss verbessert und der Rahmen der Währungsunion muss gestärkt werden. Allerdings gibt es kein allgemeingültiges Patentrezept, denn jedes Land braucht maßgeschneiderte Reformen.

Mit den Rettungspaketen für die Krisenländer und den geldpolitischen Sondermaßnahmen wurde Zeit gekauft. Da diese Krise aber vor allem eine Vertrauenskrise ist, muss diese Zeit genutzt werden, um die grundlegenden Probleme zu lösen und Strukturreformen in Europa voranzutreiben. Ziel ist eine stabile Währungsunion und ein stabiler Euro, denn die wirtschaftlichen Vorteile einer gemeinsamen Währung kommen allen Mitgliedsländern zu Gute.

Der Euro ist nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches Projekt. Er ist ein wichtiger Baustein für ein vereintes Europa, so das Fazit von Dombret.



Literaturhinweise

Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte. Heft 3/2104 Medien machen Politik

Die Medienkritik boomt seit Jahren – eine Wirkung aber ist nicht zu erkennen. Ist es wohlfeil, über die Verflachung, Verblödung, Verblendung der Medien und die Haltungsschäden ihrer Macher zu lamentieren? Womöglich. Sollte sich der Journalist besser an jene Survival-Strategie halten, die bis weit hinauf in die Chefetagen en vogue zu sein scheint: Bloß nicht unangenehm auffallen?



Lesen Sie mehr zum Schwerpunktthema in Heft 3/2014.

<http://www.frankfurter-hefte.de/Aktuelle-Ausgabe/Inhaltsverzeichnis/>

WISO direkt Verteilungsgerechtigkeit in einer sozialen Marktwirtschaft: Plädoyer für die Einführung einer Platon-Steuer / Hagen Krämer. - Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik, 2014. - 4 S. = 220 KB, PDF-File. - (WISO direkt) Electronic ed: Bonn: FES, 2014 ISBN 978-3-86498-810-3



Die Frage, was eine gerechte Einkommensverteilung ausmacht, beschäftigt die Menschen seit jeher. Der griechische Philosoph Platon vertrat die Ansicht: „...Nachdem der Gesetzgeber die Grenze der Armut als Maß hingestellt hat,

mag er erlauben, seinen Besitz auf das Zwei-, Drei-, ja Vierfache hiervon auszudehnen. Wenn aber jemand noch mehr im Besitz hat, so soll er den Überschuss ... an den Schatz des Staates und seiner Schutzgötter abgeben.“ Hieran anknüpfend werden in diesem Beitrag Kriterien für eine Norm vorgestellt, die einer „idealen Einkommensverteilung“ entspricht. Um eine entsprechende Verteilung im Sinne von Platon herbeizuführen, wäre unter anderem eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen notwendig.

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10579.pdf>

Sie sind im Management oder als Unternehmer tätig und politisch interessiert?

Der Managerkreis bietet Ihnen in acht Regionalgruppen und bei überregionalen Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit gleichgesinnten Managern und Unternehmern auszutauschen. Der Managerkreis besteht seit 1991 und umfasst mittlerweile über 1.300 Mitglieder. Sein Ziel ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik zu schlagen, und ein Netzwerk zwischen engagierten Managern zu knüpfen. Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied im Managerkreis zu werden.

Hier finden Sie weiterführende Informationen:

www.managerkreis.de
Kontakt

Mitgliederservice
Dagmar Merk
Tel. 030-269357053
managerkreis@fes.de



Terminübersicht

Die Aufstellung enthält nur Veranstaltungen, deren Termine bereits festliegen. Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig Einladungen versandt. Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

Managerkreis Nordrhein-Westfalen , Podiumsdiskussion <i>Infrastrukturinvestitionen in NRW: Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung?</i> mit Michael Groschek , Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen	08.04.2014 Flughafen Köln/Bonn
Managerkreis Rhein-Main , Veranstaltungsreihe, Teil 1 <i>Das neue Frankfurt: Lebensqualität in Rhein-Main.</i> mit Albert Speer , Architekt und Stadtplaner	09.04.2014 Frankfurt
Managerkreis mit FES-Studienförderung , Fachtagung Hochschulpolitik <i>Zu viel oder zu wenig Akademisierung?!</i>	07.05.2014 Berlin
Managerkreis Nordrhein-Westfalen , Hintergrundgespräch <i>Familien und Unternehmen</i> mit Ute Schäfer , Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen	08.05.2014 Düsseldorf
Managerkreis Rhein-Main , <i>Ideen für eine neue sozialliberale Politik</i> mit Oliver Schmolke , Leiter der Planungsabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Florian Rentsch , FDP Fraktionsvorsitzender Hessen	12.06.2014 Frankfurt
Managerkreis Mitteldeutschland , Diskussion <i>Zur Situation der Kommunalfinzenzen</i> mit Lutz Trümper , Oberbürgermeister Magdeburg; Jens Bullerjahn , Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt	19.06.2014 Magdeburg

Alle Termine werden regelmäßig aktualisiert www.managerkreis.de